

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/196

12. Oktober 1976

Die Entspannungspolitik hat Zukunft

Überlegungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Hans Koschnick

Stellv. SPD-Vorsitzender und Bürgermeister von Bremen

Seite 1 bis 3 / 113 Zeilen

CDU-Stoltenbergs Rückzug in die Provinz

Das "kühle klare Nordlicht" brennt allmählich aus

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-
Holstein und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 4 / 39 Zeilen

Dank an einen verdienten Sozialdemokraten

SPD-MdR und Journalist Karl Reloff im Alter von 77
Jahren verstorben

Seite 5 / 35 Zeilen

Die Patienten werden kritischer

Zwei Arzt-Bücher läuten erregte Debatten aus

Seite 6 und 7 / 83 Zeilen

Ab 15. Oktober neue
Rufnummer: 219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 848 - 48 pbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Entspannungspolitik hat Zukunft

Überlegungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Hans Koschnick

Stellv. SPD-Vorsitzender und Bürgermeister von Bremen

Ich bin der Meinung, daß heute in Europa praktisch jede Regierung den in der Schlußakte von Helsinki formulierten Prinzipien der Entspannungspolitik folgt. Dabei sollte von niemandem vergessen werden, daß es nach wie vor eine unvermindert deutliche ideologische Auseinandersetzung gibt und daß die Interessenlage von Ost und West auf dem gesamten Felde der Entspannungspolitik keineswegs immer gleichgerichtet ist.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Entspannungspolitik für Ost und West erhebliche Vorteile mit sich gebracht hat. Das wird auch für die Bundesrepublik deutlich, wenn man die Größenordnung der Berlin-Krise des Jahres 1958 und bestimmte Schwierigkeiten von heute vergleicht, wenn man die Besucherzahlen der 60er und 70er Jahre zwischen Ost- und Westdeutschland vergleicht, wenn man sich die Ausweitung des Handels mit dem Osten ansieht. Zum anderen kann aber die Sowjetunion ohne einen politischen Entspannungszustand den dauernden Rückstand in der zivilen Technologie und im Lebensstandard gegenüber den westlichen Ländern nicht verringern. Die letzten Angebote des SED-Generalsekretärs Erich Honecker und der kommende Besuch des KPdSU-Generalsekretärs Leonid Breschnjew in Bonn sind deutliche Zeichen dafür, daß man auch im Osten keinen Rückfall in den Kalten Krieg riskieren will.

Gelegentlich wird heute die Frage aufgeworfen, ob die Entspannungspolitik gegenüber dem Warschauer Pakt noch das richtige politische Instrument für den Westen ist. Es gibt auch in unserem Lande Kräfte, welche in der Entspannungspolitik weitgehend eine Illusion sehen, die zu einer einseitigen Schwächung des Westens bei unveränderter Zieleetzung des Ostens geführt habe. Anzumerken ist allerdings, daß diese Kritik an der Schlußakte von Helsinki die Antwort vermeidet, welche konkrete Alternative, welche andere politische Doktrin anstelle der gemeinsam konzipierten Entspannungspolitik treten soll. Auf der anderen Seite kann nicht übersehen werden, daß für den Erfolg der

Entspannungspolitik auch weiterhin bestimmte politische wie ökonomische Voraussetzungen notwendig sind. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird man bei dem schwierigen Prozeß des Aufeinanderzugehens zwischen Ost und West Stagnationen nicht vermeiden können. Hier haben sich Ost und West in den letzten Jahren nicht in einer so günstigen Position befunden, wie sie für eine zielstrebige Entspannungspolitik nützlich gewesen wäre.

Von besonderer Wichtigkeit - insbesondere auch in der ideologischen Einschätzung des Westens durch den Kommunismus - ist die schwere Wirtschaftskrise der westlichen Industrieländer in der Mitte der 70er Jahre. Die Umkehrung eines seit Ende des Korea-Krieges dauernden Wirtschaftsaufstieges in eine Rezession mit insgesamt 15 Millionen Arbeitslosen, die Auflösung des Weltwährungssystems von Bretton Woods und die Energie- und Rohstoffkrise, die mit einem erheblichen Kapitaltransfer in die erdölfördernden Staaten verbunden ist, können nicht ohne Folge auf das Ost-West-Verhältnis bleiben. Die Auswirkungen der Wirtschaftarezession der westlichen Industrieländer haben die Staaten des Ostens im gleichen Maß erreicht wie uns. Die Sowjetunion profitiert zum Beispiel von den gestiegenen Rohstoffkosten im selben Umfang von ihren Partnerländern wie die Ölförderstaaten von ihren Abnehmern. Dafür haben aber die COMECON-Partner der Sowjetunion den gleichen wirtschaftlichen Preis zahlen müssen. Inflationäre Tendenzen und Arbeitslosigkeit sind deshalb in den Ländern des Ostens ebenso vorhanden, auch wenn diese nach außen beispielsweise durch Subventionen für Grundnahrungsmittel und personelle Überbesetzungen in der Produktion verborgen werden. Daß ein solches Verfahren seine Grenzen hat, zeigen die bekannten Vorgänge aus Polen in diesem Jahr.

Die Ölkrise hat für die Staaten des Westens nicht nur eine wirtschaftliche Dimension der Kapitalerschwächung, sondern steht vielmehr für einen immer deutlicher werdenden Nord-Süd-Konflikt über die Verteilung und die Bewertung aller Rohstoffe, bei dem sich der Westen mit seiner alten Wirtschaftsdoktrin der freien Märkte und frei auszuhandelnder Preise zunehmend in der Defensive sieht. Das ist auf der letzten UNCTAD-Konferenz in Nairobi deutlich geworden und wird mit Sicherheit auch das Ergebnis der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen über die Ausbeutung der Rohstoffe am Meeresboden bestimmen. Propagandistisch glaubt sich der Ostblock zur Zeit in bezug auf die Dritte Welt in

einer besseren Position. Ich meine aber, daß diese Länder vom Nord-Süd-Konflikt nur noch kurze Zeit unberührt bleiben werden. Bei ihren geringen Handelsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt bestehen zwar im Augenblick noch keine so großen Reibungspunkte, die Stimmen werden jedoch immer lauter, die den entwickelten Industriestaaten des Ostens das deutliche Auseinanderfallen zwischen propagandistischer Unterstützung und tatsächlicher materieller Hilfeleistung für die Dritte Welt vorwerfen. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß auch im Verhältnis zur Wirtschaftskraft gesehen die Entwicklungshilfe des Ostblocks erheblich geringer ist als diejenige von uns.

Neben wirtschaftlicher Rezession und den Auswirkungen des Nord-Süd-Konfliktes sind im östlichen wie im westlichen Lager bestimmte Schwächen Tendenzen auszumachen. Das Aufarbeiten des Vietnamkonfliktes, die folgende Watergate-Affäre und die damit verbundene Krise der Führungsgeschicht der Vereinigten Staaten haben die Führungsmacht des Westens in den letzten Jahren in ihrer Handlungsfähigkeit begrenzt. Darüber befindet sich das Nordatlantische Verteidigungsbündnis in seiner Südflanke in einer nicht zu übersahenden Krise. Der griechisch-türkische Konflikt über Zypern und in der Ägäis, politische Instabilität in Italien und die zeitweilige Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in Portugal stärkten nicht gerade die Position des Westens im Verhältnis zum Osten.

Hinsichtlich der Staaten des Osten können wir dagegen davon ausgehen, daß das Vertrauensdefizit der einzelnen Regierungen gegenüber ihren Bevölkerungen nicht abgebaut worden ist. Die Ergebnisse des Korbes III von Helsinki sind für die Sowjetunion und Osteuropa ausgesprochen irritierend. Auch eine wirtschaftliche Konsolidierung - wie sie in den letzten Jahren festgestellt werden konnte - hat nicht zu einer entscheidenden Verbesserung des Verhältnisses zwischen Regierung und Bevölkerung beigetragen, was gerade dann deutlich wird, wenn der wirtschaftliche Fortschritt im Osten an seine Grenzen stößt. Bei krisenhaften Situationen liegt die übliche Antwort der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Forcierung der Rüstung. Militärmacht hat in der Sowjetunion stets zur Befriedigung eines übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses nach außen gedient und genau so zu einer Bewahrung der innenpolitischen Machtverhältnisse. So müssen wir heute feststellen, daß die Verhandlungen über Truppenreduzierungen, sei es bei SALT II oder noch erheblich mehr bei den MBFR, von der Sowjetunion mit ausgesprochen geringem Engagement betrieben werden. Die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion, insbesondere bei den See- und Streitkräften, sind nicht zu übersehen.

Die Entspannungspolitik braucht eine bestimmte "Geschäftsgrundlage". Sie kann nur dann zu Erfolgen führen, wenn Ost und West aus gesicherten Positionen heraus agieren können. Ich meine, daß diese Notwendigkeit von der Bundesregierung besonders deutlich gesehen wird. Die Wiedergewinnung des ökonomischen Gleichgewichts der westlichen Industrienationen, also eine internationale Stabilitätspolitik, wurde von Bundeskanzler Schmidt mit Nachdruck gefordert und betrieben. Schon für den früheren Bundeskanzler Willy Brandt war es eine unabdingbare Voraussetzung für unsere Entspannungspolitik, daß das westliche Bündnis intakt ist. Wie die Vereinigten Staaten hat die Bundesrepublik deshalb ihren Beitrag zur Sicherheit im Bündnis vollständig und umfassend geleistet. Jetzt kommt es darauf an, daß in allen Partnerländern die ökonomischen und sicherheitspolitischen Bedingungen für eine erfolgreiche Entspannungspolitik wieder gegeben sind. Von einer solchen Basis aus hat die Entspannungspolitik Zukunft.

(-/12.10.1976/ks/pr)

CDU-Stoltenbergs Rückzug in die Provinz

Das "kühle klare Nordlicht" läuft allmählich aus

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der "kühle Klare" aus dem Norden zögerte so lange, bis auch der letzte sichere Posten in Bonn anderweitig versprochen war. Dann erst entschied er sich, in Schleswig-Holstein zu bleiben. Das ist typisch für den Mann, der bei seiner Karriere stets auf "Nummer sicher" gegangen ist. Doch diesmal ist fraglich, ob seine Rechnung aufgeht. Selbst ihm nahezu bedingungslos zugeweihte Heimatzeitungen vermerken zu seiner Entscheidung, daß sein Erfolg so sicher nun auch in Schleswig-Holstein nicht mehr ist.

Tatsächlich ist die Stellung des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten des nördlichsten Bundeslandes Dr. Gerhard Stoltenberg erheblich angeschlagen. Dazu hat gewiss beigetragen, daß er monatelang seine Entscheidung mehr oder weniger von persönlichem Gusto abhängig machte, ohne für den Fall seines Weggangs einen möglichen Nachfolger zu nominieren. Die Kämpfe der Minidiadochen unter der Decke des CDU-Landesverbandes haben Ärgernisse und Konflikte geschaffen. Zeitweise waren bis zu sieben Namen, zuletzt blieben drei Landesminister als Kronprinzen im Gespräch: Innenminister Rudolf Titzack, Finanzminister Gerd Lausen und Wirtschaftsminister Dr. Jürgen Westphal. Sie müssen nun zurück ins Glied. Es ist unwahrscheinlich, daß sie und ihre Truppen das ohne erhebliches Aufbegehren tun werden.

Was aber nach innen und nach außen schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß Stoltenberg offenbar nicht mehr der strahlende Wahlgewinner zu sein in der Lage ist. Zu gern und bedingungslos hatte er sich das Image des Wahlsiegers von 1971 geben lassen, durch den die CDU mit Nachkriegsrekord die absolute Mehrheit erreichte. Übersehen wurde dabei, daß auch die SPD unter Jochen Steffen bei derselben Wahl mit 41 vH einen Nachkriegsrekord erreicht hatte. Die Kommunalwahl 1974 schien noch einmal die Stärke Stoltenbergs zu bestätigen. Doch danach ging bergab.

- Bei der Bundestagswahl 76 schnitt er erneut schlecht ab. Sein Wahlziel, die CDU wieder zur stärksten Partei in Schleswig-Holstein zu machen, wurde bei weitem nicht erreicht. Das einst strahlende 'Nordlicht' wurde blass.

Kein Zweifel: Dr. Stoltenberg wird in Zukunft kleine Brötchen backen müssen, und wer ihn kennt, der weiß, daß dies nicht sein Handwerk ist. Entsprechend verunsichert klingt sein landespolitisches Arbeitsprogramm, das er Delegierten des CDU-Landesausschusses vor kurzem anbot: Existenzsicherung von Betrieben und Arbeitsplätzen im Rahmen der verfassungsgemäßen und finanziellen Möglichkeiten, Abbau des Unterrichtsausfalls und Verbesserung der Lehrerversorgung, Verbesserung von Ausbildungsmöglichkeiten der Jugend und Zielvorstellungen für die Landesentwicklung. Mit einem Wort: alles alte Forderungen der SPD-Opposition in Schleswig-Holstein, die zum großen Teil auch im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt haben. (-/12.11.1976/kr/pr)

+ + +

Dank an einen verdienten Sozialdemokraten

SPD-MdR und Journalist Karl Raloff im Alter von 77 Jahren verstorben

Während eines Kuraufenthaltes in Travemünde verstarb im Alter von 77 Jahren der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Journalist Karl Raloff. Seine Urne ist inzwischen in Kopenhagen beigesetzt worden. Die dänische Hauptstadt war Karl Raloff von der Zwangs- zur Wahlheimat geworden.

Im Altonaer Stadtteil Ottensen geboren, wurde er - der Tradition seiner Familie folgend - sehr früh in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv. Er setzte sich in dem Jahrzehnt von 1923 bis 1933 zunächst als Propagandist im Saargebiet für die territoriale Integrität dieses Landes ein und war später als regionaler Führer des Reichsbanners und Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung "Volkswille" in Hannover für die Sicherung der Demokratie in Deutschland tätig. Am 30. Juli 1932 wurde er zum ersten Male in den Reichstag gewählt und errang auch bei den schnell aufeinanderfolgenden Reichstagswahlen dieses entscheidenden Zeitabschnitts sein Mandat jedesmal wieder. Nach dem 30. Januar 1933, nach der Machtübernahme Hitlers, versuchte Karl Raloff zunächst, die politische Arbeit fortzusetzen, aber dann blieb ihm und seiner Familie nur noch die Flucht ins Ausland; er ging nach Dänemark. Dort arbeitete er sowohl für die deutsche Sozialdemokratie als auch für die dänische Schwesterpartei, mit deren Führern er nach dem deutschen Einmarsch 1940 gemeinsam nach Schweden emigrierte. Aus dieser Zeit rührt seine enge Verbindung zu dem späteren dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft und anderen dänischen Politikern her. Karl Raloff gehörte zu den wenigen Deutschen, die auch nach der Kapitulation 1945 in Dänemark willkommen waren, weil er sich als kompromißloser Demokrat erwiesen hatte.

Zunächst kümmerte sich Karl Raloff um die in Dänemark untergebrachten deutschen Flüchtlinge, und vom Sommer 1947 an war er als Korrespondent für die damalige Nachrichtenagentur der britischen Zone dpa und nachher für dpa tätig. Ab 1951 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand war Karl Raloff Pressereferent der Botschaft der Bundesrepublik in Kopenhagen und hat in jenen Jahren weit mehr für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Dänen getan, als seiner amtlichen Stellung zugemessen war. Seine Verdienste um diese Entwicklung sind auf beiden Seiten wiederholt gerühmt worden. Als höchste Ehrung jedoch empfand Karl Raloff die Ernennung zum Ehrenmitglied des Schleswig-Holsteinischen Journalistenverbandes, weil er sie als Wiedergutmachung des Unrechtes ansah, das ihm 1933 mit dem Ausschluß aus der Berufsorganisation der Journalisten im deutschen Reich angetan worden war.

Wolfgang Jansen
(-/12.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Die Patienten werden kritischer

Zwei Arzt-Bücher lösten erregte Debatten aus

Der Patient von heute sei kritischer, selbstbewußter geworden und sich seiner Rechte vollauf bewußt. Dies sagte der holländische Prof. Dr. med. Pierre Vinken auf dem internationalen Kongreß für Patientenberatung in Amsterdam, ausgerichtet von der Excerpta Medica Foundation, auf dem Delegierte aus 35 Staaten der Erde vertreten waren. Vorbei sei die Zeit, daß Passivität als eine Tugend angesehen werde und das auch nicht mehr von modernen Ärzten.

In der Bundesrepublik Deutschland scheinen viele Ärzte noch hinter dieser Erkenntnis herzuhinken. Zwei Bücher, die großes Aufsehen hervorgerufen haben, scheinen dies zu beweisen: der Aufruf an seine Kollegen und an die Öffentlichkeit des Chirurgen Prof. Dr. med. Julius Hackethal, auch medizinischer Gutachter vor Gericht, "Auf des Messers Schneide - Kunst und Fehler der Chirurgen (Rowohlt-Verlag) und die Kritik an der Funktionärsgruppe der Ärztekammern und die ihres Dachverbandes, der Bundesärztekammer, in "Das Medizin-Syndikat" von Kurt Blüchel (Kiepenheuer & Witsch), früher Fachjournalist bei der Pharma-Firma Dr. Medaus-Köln und jetzt freier Schriftsteller.

"In den Chirurgie-Kliniken und -Abteilungen unseres Landes passieren zu viele vermeidbare Fehler. Das weiß jeder Arzt. Jeder schweigt. Jeder hat seine Gründe", schreibt Hackethal: "Eine Änderung 'von selbst' ist... nicht abzusehen. Im Gegenteil: es wird schlimmer und schlimmer..." Das schließt der Gerichtsgutachter bei medizinischen Schadensersatzprozessen Hackethal aus der Flut von über 200 Gutachtenanforderungen wegen Kunstfehlerverdachts, die ihm 1975 zugegangen sind, nicht gerechnet die Zwischenauskünfte, die er gegeben hat. Das Niveau der Chirurgie in der Bundesrepublik sei weit niedriger, als es sein dürfte, behauptet der erfahrene Operateur und weist u.a. auf die zehnmal so große Sterblichkeit bei Dickdarm-Operationen bei uns gegenüber z.B. in der spezialisierten Mayo-Klinik in den USA hin. Welche Kunstfehler bei Operationen an den verschiedenen Organen in der Bundesrepublik gemacht wurden, erläutert Hackethal an zehn erschütternden Patientenschicksalen. Aus "Der Chirurg", dem "Organ des Berufsverbandes der Deutschen Chirurgie e.V.", zitiert Hackethal z.B. solche Informationen, daß einer 45jährigen Frau bei einer Krampfeder-Operation anstelle der im Unterhautfettgewebe verlaufenden Vene die Hauptschlagader des Beins bis zur Mitte des Unterschenkels heraußergerissen wurde oder daß bei einer Phimose-Operation das Absterben des Penis mit nachfolgender Amputation bewirkt wurde (und das bei einer Operation, die die Rabbiner ohne Betäubung machen).

Wenn es aber nun darum geht, daß die geschädigten Patienten - bei mehreren von Hackethal beschriebenen Fällen nicht mehr korrigierbar verstümmelt - vor Gericht gehen, um Schadensersatz für die Kunstfehler der Opera-

teure zu erhalten, geht die Meiere mit den sich drückenden Gutachtern los. "Die bundesdeutschen Berufsordnungen haben um die Ärzte einen Schutzwall gezogen, der auch Pfuscher, Betrüger und Gewissenlose, die es ja in jedem Beruf gibt, zuverlässig schützt. Jeglicher Fehlervorwurf gegen einen Kollegen ist verboten, mag er noch so notwendig und berechtigt sein", schreibt Prof. Hackethal wörtlich.

In den Richtlinien der American Medical Association für Ärztliche Ethik heißt es in Artikel 4: "Der Ärztestand sollte sich bemühen, seine Mitglieder und die Öffentlichkeit gegen Ärzte zu schützen, denen es an moralischem Charakter und beruflicher Tüchtigkeit mangelt... Sie sollten ohne Zögern illegales und unethisches Verhalten anderer Ärzte bloßstellen." Der 79. Deutsche Ärztetag von 1976 - so Hackethal - hält am bedingungslosen Kollegenschutz fest. Nur die Nummer des Paragraphen für "kollegiales Verhalten" hat sich geändert: § 15 schreibt vor: "Herabsetzende Äußerungen über die Behandlungsweise und das berufliche Wissen eines anderen Arztes sind berufsunwürdig... In Gegenwart von Patienten oder Nichtärzten sind Beanstandungen der ärztlichen Tätigkeit ... zu unterlassen." Herabsetzend sei selbstverständlich jeder Fehlervorwurf.

Wie es jemandem ergeht, der dagegen verstößt, hat der Berliner Nervenarzt Dr. med. Frank Matakas, Dozent für Neuropathologie an der Freien Universität Berlin, erfahren, wie Kurt Blüchel in "Das Medizin-Syndikat" beschreibt. Als Matakas Direktor der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln werden sollte, verhinderte dies der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Prof. Dr. med. H.J. Sewering, denn Matakas hatte auf Flugblättern behauptet, die offizielle Ärztliche Berufspolitik koste jährlich Hunderttausenden von Bürgern Leben und Gesundheit. Wer in aller Öffentlichkeit solche Behauptung aufstelle, so Sewering, könne für die Bundesärztekammer kein Gesprächspartner sein. Kein Gesprächspartner im Gesundheitsmagazin des 2. Deutschen Fernsehens konnte auch Prof. Hackethal sein, weil es ein Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie ablehnte, auf dem Bildschirm mit dem mutigen Chirurgen "wegen Bedenken zur Person" zu diskutieren. Schließlich hat er in seinem Buch massiv ausgesagt: "Bei uns gibt es für Chirurgen keine Leistungskontrolle. Wenn in einer Chirurgischen Klinik zehnmal so viele Kranke nach einer vergleichbaren Standardoperation sterben als anderswo, darf ohne Einschränkung weiter operiert werden. Wenn am laufenden Band Knochenbrüche übersehen oder krumm und schief zusammen genagelt, Nervenlähmungen und andere schwere Nebenverletzungen gesetzt werden, interessiert sich dafür kein Chirurgenverband und keine Ärztekammer."

Ärzte-Präsident Prof. Dr. Sewering hatte im übrigen "aus Urlaubsgründen" auch keine Zeit, als ihm Dr. Hackethal das Manuskript seines Buches zur Vorlektüre zusenden wollte. Das weiß man jetzt zur allgemeinen Überraschung aus dem ARD-"Report".

Erich Gebhard
(-/12.10.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller